

25. Infobrief

August 2008

Der Herbst wird heiss!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, willkommenen Gäste!

Die Urlaubssaison neigt sich langsam dem Ende zu. Der politische Alltag wirft seine Schatten voraus und sorgt bereits für Aufregungen, erfordert neue Aktivitäten. In den Schweriner Regierungsstuben beginnt das lang erwartete Stühlerücken und weckt Hoffnungen auf von Vernunft gelenkte Kompromisse statt Betonstarrigkeit. In Stralsund beim StAUN qualmen die Köpfe wegen der wieder ausliegenden DONG-Unterlagen und der befürchteten erneuten Flut von Einwendungen. Der Schweriner Landtag bereitet als Antwort auf die Volksinitiative eine Show der Arroganz der Macht vor. Alles deutet auf einen heissen Herbst hin.

Doch im Einzelnen. Ministerpräsident Harald Ringstorff versprach DONG-Chef Eldrup vor über zwei Jahren eine schnelle Genehmigung des Steinkohlekraftwerkes. Sein Wort zählt, auch wenn er damit sein Versprechen gegenüber den Wählern aus dem Vorwahlkampf brechen muss. Sein möglicher Nachfolger hat dagegen bisher mehr Bürgernähe gezeigt, hat zugehört, sogar über Kompromisse nachgedacht. Es keimen neue Hoffnungen. Dass der langjährige Weggefährte des Ministerpräsidenten, der Fördermittelverteiler und Bändchenschneider Otto Ebnet ebenfalls geht, zeugt von lobenswerter Konsequenz. Mal sehen, wie gut die neuen Besen kehren werden.

„Dong zum Zweiten“ lautet den ganzen August über die Aufforderung zur Einsichtnahme in die Wiedervorlage der überarbeiteten Genehmigungsunterlagen. Seinerzeit standen die Weihnachtsfeiertage für die 21 Ordner zur Verfügung, Wer aber das viele Fachchinesisch in den grünen Ordnern selbst nicht versteht und deshalb einen schlaun Freund zu Rate ziehen möchte, hat Pech: Keine Kopien, keine digitale Fassung auf dem PC, nur handschriftliche Notizen sind erlaubt, natürlich auch nur

während der Dienstzeiten des Amtes. Das ist gewissermaßen die transparente Bürgerbeteiligung unter leicht erschwerten Bedingungen - eine sportliche Version gelebter Demokratie. Wir sind auf diesen Hindernislauf gut vorbereitet und unterstützen alle, die das Kraftwerk nicht mögen und sich dagegen einbringen wollen. Es muss wieder ein Flut von Einwendungen werden! Bis zum 15.09.2008 sollten dazu alle Einwendungen beim StAUN in Stralsund vorliegen.

Der Volksinitiative schlossen sich über 32.000 Bürger mit ihrer Unterschrift an. 15.000 wären nur nötig gewesen, damit sich der Landtag des Themas annehmen muss. Am 03.07.2008 öffnete der „Zirkus Landtag“ u.a. mit einer traurigen Lachnummer des Wortartisten Waldmüller (CDU), die aufgrund seiner unsachlichen Verunglimpfung der Kraftwerksgegner zu tumultartigen Ausbrüchen im Plenum führte. Daraufhin entschied der CDU-dominierte Wirtschaftsausschuss klugerweise, tunlichst keine Experten anzuhören und bei der Gelegenheit auch gleich das Volk von den Anhörungen auszuschließen; denn es schadet der CDU und *ihrer* Demokratie, wenn derart vorgetragene Meinungsäußerungen an die Öffentlichkeit gelangen.

Dann kann auch der Abgeordnete Lietz (CDU) ungehemmt seine Zustimmung zum Kraftwerk kundtun, ohne dabei von seinen Wählern gehört zu werden. Denen erzählt er lieber, bei dem Kraftwerk handele es sich um „unglegte Eier“, für eine öffentliche Debatte sei es ja noch viel zu früh und das übrige werde gewiss der geregelte Amtsweg regeln. Also wird im Herbst hinter verschlossenen Türen über die Initiative des Volkes ohne Volk debattiert.

Warum wählt sich die CDU nicht gleich ein passendes Volk? Irgendwann sind doch wieder Wahlen!

Zweckverband - ein Austritt auf Raten

Eigentlich hätte alles schon längst unter Dach und Fach sein müssen. Vor beinahe einem Jahr hatte die Lubminer

Gemeindevertretung den Austritt aus dem Zweckverband „Lubminer Heide“ beschlossen, auf den der Ort ein durch

die Kommunalverfassung verbrieftes Anrecht hat. Was folgte, war ein Wechselspiel von wieder- und abermaligen Verzögerungsmanövern, durchsetzt mit scheinbar ernsthaft gemeinten Verhandlungen der drei Bürgermeister über die finanziellen und rechtlichen Details der Trennung.

Die Sache ist vergleichbar mit einer Scheidung: auch dort ist zu regeln wer was bekommt und wer für was gerade stehen muss. In unserem Fall verhält es sich so, dass Kröslin und Rubenow das Sorgerecht für den Lubminer Wald möglichst lange behalten und obendrein einen saftigen Unterhalt aus etwaigen Gewerbesteuerereinnahmen haben wollen.

Die scheinbare Kooperation der Bürgermeister der Gemeinden Rubenow und Kröslin, Norbert Schröder

und Wolfgang Woy, erwies sich als heimtückisches Täuschungsmanöver. In der Zweckverbandssitzung vom 4.6.2008 stimmten beide, samt den übrigen zu ihren Gemeinden gehörenden Vertretern, gegen den Auseinandersetzungsvertrag, den sie zuvor selber ausgehandelt hatten. Einzig echt an der Darbietung war das Vorteilsstreben, mit dem sie einen mehr als großzügigen Anteil an den erhofften Steuereinnahmen des B-Plan-Gebietes aushandelten, zu dem sie gemeinsam allenfalls ca. 5% beitragen. Diese Bestimmungen sind nun freilich ebenfalls hinfällig. Wenn irgendetwas an dem geschilderten Vorgang deutlich geworden wäre, so ist es die Tatsache, dass der Zweckverband vor allem einem Ziel dient: den freien Willen der Gemeinde Lubmin und ihrer Bürger nieder zu halten.

Der Widerstand formiert sich

Dass es inzwischen eine ganze Reihe von Bürgerinitiativen gibt, die an dem Lubminer Kraftwerksprojekt Anstoß nehmen, dürfte aufmerksamen Lesern des Infobriefes bekannt sein.

In Lubmin arbeitet seit langem die Bürgerinitiative „Zukunft Lubminer Heide“ für eine umweltverträgliche Gestaltung der Industrieansiedlung und eine weitestmögliche Erhaltung des Waldes. Auf Usedom und in Greifswald haben es ferner die BI „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ und die BI „Greifswald gegen das Steinkohlekraftwerk Lubmin“ mit dem Kraftwerksprojekt aufgenommen. Eine weitere BI organisiert den Widerstand auf der Insel Rügen. Dass die Umweltverbände sich dem

Kraftwerk aktiv entgegenstellen, versteht sich von selber. Um die Kräfte zu bündeln, Kompetenzen zu komplementieren und die Effizienz zu maximieren haben die beteiligten Organisationen sich in der **Allianz „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“** zusammengeschlossen. Zusammenarbeitet wird dabei auch mit betroffenen Gemeinden.

Die Vorstände und Experten der Teilorganisationen der Allianz haben inzwischen zu einem regelmäßigen Konferenzrhythmus gefunden und stimmen ihr Vorgehen untereinander ab. In diesem Infobrief werden Sie, liebe Leser, von ersten solchen koordinierten Aktionen der Allianz erfahren. Es wird sicher nicht das letzte Mal sein.

Wussten sie schon...

Dass die angestrebte zeitige Inbetriebnahme des Lubminer Kohlekraftwerkes dazu dient, die CO₂-Abscheidung hinaus zu zögern? Schwarz auf weiss steht's in der „Kraftwerks-Netzanschlussverordnung vom 26. Juni 2007 (BGBl. I S. 1187)“

§7 Netzzugang bei Engpässen

(1) Anschlussnehmern steht nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 ein Anspruch auf bevorzugten Netzzugang im Fall von Engpässen im deutschen Übertragungsnetz zu.

(2) Berechtigt sind Anschlussnehmer;

- 1. die bis zum 31. Dezember 2007 ein Netzanschlussbegehren mit vollständigen Angaben nach §3 Abs. 1 Nr. 1 an den Netzbetreiber gerichtet haben und*
- 2. deren Erzeugungsanlage in der Zeit vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2012 an das Netz angeschlossen wird oder ausschließlich aufgrund von Umständen, die sie nicht zu vertreten haben, erst zu einem späteren Zeitpunkt an das Netz angeschlossen werden kann.*

Im Klartext: sollte der CO₂-Ausstoß einst richtig teuer werden und moderne IGCC-Kraftwerke wirtschaftlich rentabler, dürfen die schmutzigeren Anlagen vom alten Typ ihren Strom trotzdem mit Vorrang verkaufen.

Was dem een sin Uhl is dem andern sin Nachtigall

Will heißen: Die Empfindungen gehen oft auseinander. So auch bei der Frage nach den Auswirkungen eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin.

In einem mehrbändigen und hochspezialisierten Umweltuntersuchungsbericht werden die Auswirkungen dieses Energiegiganten auf die Umwelt und hier speziell auf die umfangreich gesetzlich geschützten Naturräume des Greifswalder Boddens, der Peene-Mündung und der Lubminer Heide sehr genau dargelegt, oft mit dem Urteil der erheblichen Beeinträchtigungen auf die verschiedenen Schutzgüter. Dann wird auch festgestellt, dass ein Ausgleich der Naturschäden durch Renaturierungen an anderer Stelle, selbst viele -zig Kilometer entfernt, nicht möglich ist. Klare Sache: Naturschutz geht vor Privatnutz - DONG ade!

Denkste! Sitzt doch da ein Herr Fuchs im Wirtschaftsministerium (Fachaufsicht für die genehmigende Behörde, das StAUN Stralsund), mit einer genialen Idee: Das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sagt, dass Vorhaben mit erheblichen Beeinträchtigungen auf die Natur und ohne Möglichkeit einer Minderung oder eines Ausgleiches

Das Wunder von Lubmin

Die Druckerei der EWN ist es, wo der Zauber sich vollzieht. Seit nunmehr über zehn Jahren - Papier war schon immer recht duldsam - erscheinen in bestimmten zeitlichen Abständen nicht nur Pressemeldungen (die Maschinenhalle bekommt ein Rolltor aus Kunststoff, OZ 16.8.2008 mit großformatigem Foto) und Hochglanzbroschüren, sondern sogar dicke Bilderbücher über die Wundertaten des Standortentwicklers Nr. 1 in M-V.

Literaturwissenschaftler nennen das Genre *Eskapismus*, Physiker würden von optischer Täuschung sprechen. Vom bunten Heft vom Ende der 90-iger Jahre mit der Lobeshymne auf das geplante VASA-GuD-Kraftwerk über die silberglänzende Synergiepark- Broschüre zur EXPO 2000 mit den Sägewerksplänen bis hin zum Sun-Diesel-Prospekt von Choren und dem Heldenepos von der „zweiten Chance“ reicht der Stapel mit den Beschreibungen über das vorpommersche Phantasialand.

In der Schriftenreihe „M-V tut gut“ der Landesmarketing-Gesellschaft blüht auch schon das Industriegebiet II auf 180 ha im südlichen Wald der Lubminer und Rubenower Forsten auf, um den Schlange stehenden Investoren doch noch ein Eckchen im „Bitterfeld des Nordens“ zuweisen zu können. Im B-Plan-Gebirt Nr.1 ist indessen nur das DONG-Areal *reserviert*.

Wie herrlich zu blättern die kostbaren Folianten. Welch Labsal zu schauen die bunten Hochglanzseiten. Legt ein

Zuckerbrot und Peitsche

und der Rohrstock waren über Jahrhunderte die bewährten Mittel despotischer Erziehung. Heute sind diese Methoden höchstens noch bei Hunden oder Pferden in; da verteilt Herrchen ein Leckerli oder gibt was mit einer

nicht genehmigt werden können; es sei denn, das Vorhaben liegt im allgemeinen öffentlichen Interesse. Na prima, denkt da Herr Fuchs, da wird sich Frau Elster aber wundern und mit ihrer Schwanzfeder wackeln, wenn ich ihr das Kraftwerk als öffentliches Interesse der Allgemeinheit und nicht als private Geldbeschaffungsmaschine für DONG vorstellen werde.

Auf über 20 Seiten wird nun mühsam argumentiert, warum die Öffentlichkeit, also Sie und Du und ich - also wir als Allgemeinheit - nicht an der Erhaltung und dem Schutz unserer Umwelt interessiert sein sollen, sondern vielmehr daran, dass DONG hier schön viel Knete macht, koste es Natur was es wolle.

So wird also ein allgemeines Unwohlsein erzeugendes Kraftwerk durch ministerielle Interpretation zu einem übergeordneten Interesse des öffentlichen Gemeinwohles umgestrickt. Schlaues Füchlein! So wird aus Allgemeinschmutz ganz einfach Allgemeinnutz.

Wirtschaftsminister (amtierend oder ehemalig) sie unter sein Schlummerkissen, nimmer betrüben mag ihn die garstige Welt.

Das wahre Wunder von Lubmin ist, dass sich Politiker aus Schwerin, Berlin und sogar Brüssel nach über zehn Jahren noch immer die Taschen mit derartigen Visionen vollhauen lassen und angesichts der Geburtswehen bei Premicon - ehemals Ecanol - als der einzigen tatsächlichen Investition im B-Plan-Gebiet nicht ins Zweifeln geraten.

Die drei Firmen der Metallbearbeitung im ehemaligen Maschinenhaus sind zwar ein willkommener Lichtblick, aber wohl mehr ein Zufall als das Produkt eines langfristigen Ansiedlungskonzeptes.

Tragisch ist aber auch, dass sich die vielen EWN-er, die bald ihren Job verlieren werden, so lange vertrösten lassen. Wurde ihnen doch versprochen, bereits ab 2004 einen neuen Arbeitsplatz im Phantasialand zu erhalten. Dabei gibt es seriöse Investoren, die verzweifelt an der Tür des Wirtschaftsministers trommeln. Sie sind wohl zu sauber Und wie war das doch noch 1999 mit dem GuD-Kraftwerk von VASA als „Neue Kraft für die Region“? „Das moderne Erdgaskraftwerk ist ein großer Gewinn..., weil mit diesem Kraftwerk ein Beitrag zur ökologischen und zukunftsfähigen Energieversorgung in M-V geleistet wird“, schrieb Herr Ringstorff damals. Ein wahrer Urknall, dessen Rauch bis heute nicht verfliegen ist.

Gerte übers Hinterteil. Bei unartigen Kindern hilft längst nicht mehr das Verteilen, sondern der Entzug: keine Süßigkeit, Fernsehverbot, Stubenarrest, Computersperre, Partystopp.... Eltern können da sehr erfinderisch sein.

Doch wie erzieht man erwachsene Menschen, die nicht so wollen wie sie sollen? Zum Beispiel einen Bürgermeister, der nicht spurt, und die Bürger, die ihn gewählt haben? Die stalinistische Methode *Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein* ist auch längst out und würde der Bevölkerungsentwicklung schaden. Also hilft vielleicht auch hier der Entzug? Wenn der alte Gaul mal wieder quer im Stall steht, gibt's eben einfach kein Leckerli, keinen Hafer und das so lange, bis er wieder so spurt, wie es der Stallmeister will. Das geht nun schon so ins dritte Jahr: Der störrische Hengst Klaus bockt ständig, wenn zur Staatsparade die große Quadriga vorgeführt werden soll. Diese Sorgen hatte Stallmeister Otto mit dem Vorgänger nicht, dem zahmen Matthias, der immer artig aus der Hand fraß und stets an der rechten Stelle zustimmend wieherte. Wer also nicht hören will, muss fühlen! Da sind Fördermittel das passende Lecker-

li. So steht es ja auch in jedem Zuwendungsbescheid: Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Wäre auch noch schöner, wenn ein Minister an stramme Regeln gebunden würde. Schließlich muss man sich materielle Zuwendungen erst einmal verdienen; denn es sind Gnadengeschenke der Obrigkeit, die doch zu gerne mit dem Füllhorn übers Land zieht und ihnen zu Füßen liegende Untertanen gnädig beschenkt. Das müssen die Anwohner der Hafestraße in Lubmin und im Alten Dorf auch verstehen. Kann sein, dass die vierte Nullrunde in der Städtebauförderung ausbleibt und doch endlich gebaut werden kann. Fakt ist schon jetzt, dass im Herbst der Stallmeister Otto seine Peitsche abgeben wird und dann wieder die gesetzlichen Regelungen der Förderung gelten. In Dassow, Wittenburg und eventuell auch am Hafen Lubmin werden dann nur noch die Gedenktafeln an Investruinen an ihn erinnern.

Ostseebad Freest

Alte Postkarten und Bücher belegen es, das Fischerdorf Freest an der Peenemündung schmückte sich einst mit dem Titel „Ostseebad Freest“. Das klingt doch nach Erholung, Gemütlichkeit und sauberer Natur. Und so klingt es sicher auch in den Ohren von Bürgermeister Wolfgang Woy, seit er mit dem Hafenaushub der EWN einen Badestrand aufschütten ließ, in dem sich nicht nur die Dorfkin-der, sondern auch Urlauber und sogar Beach-Volleyballer tummeln. Der Fischereihafen ist ein beliebtes Ausflugsziel und ein maritimes Tor zur Insel Usedom, speziell zum Kraftwerk in Peenemünde, das als Industriedenkmal die Raumfahrtgeschichte und die V2-Entwicklung den Besuchern nahebringt. Viel Geschichte.

Und wie sieht die Zukunft von Freest aus? Wird es wieder Ostseebad? Oder wird erneut ein Kraftwerk dem kleinen Fischerdorf seinen Stempel aufdrücken? Ja, das wird es! Wenn dort 3,6 Mio. Tonnen Kohle pro Jahr verbrannt und stündlich 2 Mio. m³ Abgase ausgestoßen werden, fallen nach allen Berechnungen und Modellierungen genau über Freest die meisten Schadstoffe aus der Abluft des DONG-Kraftwerkes nieder.

Im Winter, wenn das Kraftwerk auf vollen Touren gefahren wird, bläst meist der steife Nord-West nach Freest hin. Seine schmutzige Fracht aus Kohlendioxid, Schwe-

felgasen und Feinstaub mit anhaftenden Rußpartikeln und Schwermetallen wird er dann vor allem über Spandowerhagen, Freest und Kröslin abladen, bevor er weiter auf die Insel Usedom zieht. Weht er von Osten her, sind die Lubminer die unfreiwilligen Empfänger. Über die 40 bis 50 Jahre des Kraftwerksbetriebes werden so z.B. mehrere Tonnen des hochgiftigen Quecksilbers im betroffenen Areal deponiert, ein Teil davon über die Luft und Nahrung in den Organismus der Freester und ihrer Nachbarn gelangen.

Während etwa die Hälfte des Quecksilbers zunächst über Land niedergehen wird, fällt der andere Teil ins Wasser und erreicht so auch die Fischgründe. Der Quecksilber-eintrag in die Ostsee aus deutschen Quellen - bereits Thema internationaler Konferenzen (HELCOM) - würde damit um ca. 50% gesteigert.

Da runzeln besorgte Ärzte die Stirn, versuchen die Politiker und Behörden zu ermahnen und vor allem junge Menschen über die Gesundheitsgefahren aufzuklären. Vergeblich?

Und was meint der Bürgermeister zu dieser Zukunft? Ein Ostseebad wird er so aus Freest mit dieser Luft mit Sicherheit nicht wieder machen können.

Hohe Düning - Wirtschaftsminister empfängt ALLIANZ-Delegation

Der Wirtschaftsminister von M-V, Herr Jürgen Seidel (CDU), nahm eine Einladung der ALLIANZ „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ an, öffnete Anfang August einer achtköpfigen Delegation seine Ohren und die Edelholtztüren des Congress-Zentrums „Hohe Düne“ in Warnemünde, um Argumente der Bedenken-träger gegen das Kohlekraftwerk anzuhören. Natürlich ging es dabei vor-

nehmlich auch um die Luft und das, was aus dem DONG-Kamin an Schadstoffen in selbige hineingepumpt werden soll: Klimakiller CO₂, Schwermetalle, krebserregende Feinstäube. Alles keine Marketing-Prädikate für die Seeheilbäder, Luftkurorte, für Asthma-Fahrten und allergiefreie Zonen.

Das Thema Luftqualität, Reizthema für Seebad-Bürger-

meister, Hotelbetreiber und Umweltschützer, rief beim Minister keine Bedenken hervor. Bei allen Schadstoffen würden die Grenzwerte eingehalten. Das die Anlage mit einem bemerkenswert hohen Schornstein ausgerüstet werden soll, wurde jedoch zur Kenntnis genommen.

Einigkeit bestand in der Notwendigkeit nach Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen sowie zur Energiegewinnung. Bei dem dazugehörigen großen ABER wurden die Differenzen jedoch wieder deutlich sichtbar.

Minister Seidel: Das geht nur mit einem Steinkohlekraftwerk der Marke DONG.

ALLIANZ: Ein Energiemix mit Gaskraftwerk und Windkraft erzeugt den gleichen „Urknall“ bei wesentlich gerin-

geren Umweltbelastungen, nur 30%.

Und außerdem (Seidel): Wer jetzt Bedenken gegen ein Steinkohlekraftwerk in Lubmin hegt, hätte ja seinerzeit (vor 2005) als Prophet ein entsprechendes Verbot in das Landesentwicklungsprogramm (LEP) einbringen können. So einfach funktioniert die Demokratie der öffentlichen Beteiligung.

Mit einer Reihe weiterer brisanter offener Fragen endete der Dialog. Keine Seite konnte die andere mit ihren Argumenten überzeugen und zum Umdenken bewegen. Die Macht hat den frustrierten Bürgern wieder einmal ihre Schranken aufgezeigt, mit einem gewissen Bedauern, aber sehr huldvoll.

„Der Investor soll ein faires Genehmigungsverfahren bekommen“

Es ist August. Der zweite Schwung von DONG-Akten liegt in den Ämtern aus, der Bürger hat die Möglichkeit, sich einzubringen. Wie viele der 21 Ordner haben Sie schon durch?

An vier Dienstagen im Urlaubsmonat hat ein berufstätiger Bürger nach Feierabend für zwei Stunden die Möglichkeit, auf den Korridoren der Ämter, u.U. auf den Knien die dicken Ordner einen nach dem anderen durchzuarbeiten, um herauszufinden, an welcher Stelle im Text die vielen Spezialbüros und teuren Gutachter nach monatelanger Arbeit zu oberflächlich oder ungenau gearbeitet haben. Kopieren ist nicht.

Es sind im wesentlichen jene Akten, die man für den Vorbescheid bereits ausgelegt hatte, nur dass man sie eben im Rahmen des Auslage- und Einwendungsverfahrens durch Bürgerinitiativen und Umweltverbände hat korrekturlesen lassen.

Dagegen kann man dann seine Einwendungen schriftlich vorbringen. Rentner und Arbeitslose haben hierbei einen großen Vorteil: Sie können auch vormittags.

Das eingebaute Hindernis mit der Urlaubszeit ist keineswegs gewollt, aber leider dem Termindruck des Investors (DONG) geschuldet. Er, nicht der Bürger, soll ein faires Genehmigungsverfahren bekommen.

Regierung und Behörden halten sich nur an die Vorschriften. Es sind nun mal die gleichen wie für eine neue Straßenlaterne.

DONG sind die 4+2 Wochen Bürgerbeteiligung furchtbar lange. Vielleicht gibt es ja gute Freunde in Lubmin, die schon mal mit den Erdarbeiten vorab beginnen, weil der 1. September als offizieller Baustart nun nicht mehr zu halten ist.

Fragt sich nur: Wem sind denn diese Landesregierung und der Landtag eigentlich verpflichtet? Den Bürgern, die sie einst gewählt haben und denen gegenüber sie eine Fürsorgepflicht zu erfüllen haben oder dem privaten profitorientierten Investor, der Lücken im deutschen Umweltrecht auszunutzen sucht, das ihm in Dänemark bereits die Hände bindet?

Starker Tobak aus dem Küstenwald

Erinnern Sie sich noch, liebe Leser, an die Kahlschlagtage im Spätherbst im Lubminer Küstenwald? Ja, richtig, die große Empörung aller, die dieses Drama deutschen Waldschutzes erleben durften, wurde von den Waldschrats hinter dem Wald mit stolzer Brust beschwichtigt: Alles habe seine Richtigkeit, sei ja lange geplant und auch allseitig genehmigt.

Aber trotz vollmundiger Wiederholung einer Lüge wird daraus noch lange keine Wahrheit. Denn die Wahrheit ist: Die ersten Bäume fielen dem halbautomatischen Sägemonster in den ersten Novembertagen 2007 zum Opfer, nachdem Herr Woy vom Zweckverband am 02.11.2007 den Startschuß dazu gab, obwohl er sich später dafür gar nicht zuständig fühlte. Trotzdem fielen die Bäume und bewirkten auch prompt eine Anzeige am 19.11.2007, um die

Rechtslage prüfen zu lassen.

„Alles in Butter“ verkünden die EWN schließlich am 11.01.2008. Als Beweis für die Rechtmäßigkeit werden später Genehmigungen der Forstbehörde vom 19.11.2007 genannt. Sonderbar: genau an dem Tag genehmigt, an dem die Anzeige erstellt wurde - oder nachträglich darauf datiert?

Wie schnell doch die Behörden handeln können, wenn sie müssen! Denn auch die Untere Naturschutzbehörde in Anklam kannte die Genehmigungen schon. Nur wurde in der Eile einiges vergessen, denn das letzte Zertifikat ist erst vom 09.01.2008 datiert. Da waren das Holz schon längst abtransportiert und die Stubben gerodet.

Aber wenn Sie nun denken, sie könnten auch einmal einfach so einen Baum aus dem Weg schaffen, da klemmt

nicht nur die Säge, da droht ihnen gleich noch ein Hacke-
beilchen. Es sei denn, sie sitzen in einem hohen Haus und

haben die passenden Freunde.

Grüne Insel Dänemark

Kennen Sie Kyoto? oder Toyako auf Hokkaido? Nein, aber doch Heiligendamm? Ja richtig: G8, Klimagipfel, CO₂-Ausstoß usw. Sicher wissen Sie aber auch, dass Dänemark keine Insel ist - rein geografisch jedenfalls.

Politisch, genauer gesagt: klimapolitisch stellt sich das kleine Königreich Dänemark aber gerne als grüne Insel dar, ganz besonders im nächsten Jahr. Dann gerät nämlich die dänische Hauptstadt Kopenhagen mit der Kyoto-Folge-Konferenz der UNO in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Ministerpräsident Rasmussen und sein konservatives Kabinett werden die grünen Hosen und Jacken überziehen und der Welt zeigen, wie man Klimapolitik praktiziert. Dann werden sie stolz ihre guten Beispiele mit erneuerbaren Energien, mit Energiemix, mit Biomasse-Heiz-Kraftwerken und mit Kraft-Wärme-Kopplung proklamieren. Wirklich beispielhaft.

Den großen Coup globaler Verstrickungen bekommen aber nur die kleineren Industriestaaten gezeigt: CO₂-

Export a lá DONG, mehrheitliches Staatsunternehmen unter Aufsicht des dänischen Finanzministers. Kohle aus der Dritten Welt, heute noch spottbillig durch brutale Ausbeutung der Bergleute, oft auch Kinder, wird über Dänemark in unser sauberes Vorpommern geschifft. Dort wird sie zur Hälfte in Strom umgewandelt, und mit der anderen Hälfte wird der Bodden erwärmt. Der Strom fließt dann bis nach Österreich, die Niederlande, zu vielen deutschen Stadtwerken und sicher auch - bei Windstille - nach Dänemark.

Was bleibt für Lubmin und die Umgebung? Auf alle Fälle die schadstoffreiche Abluft mit dem Klimakiller CO₂, wodurch der Ausstoß dieses Politikums in M-V etwa verdoppelt wird. So bleibt Dänemark sauber, und die Herren Rasmussen und Eldrup (DONG) tragen weiter eine weiße Weste vor der Welt und lassen ihre Heimatinsel als grünes Musterland in das Kopenhagener Klima-Protokoll eingehen.

Spendenaufruf, Folge 2

Jene unter Ihnen, verehrte Leser, die in Geschichte aufgepasst haben, erinnern sich, dass man früher, war die Sache wichtig, Olifanten und Rammböcke, Steinschleuderer und edle Streitrösler, danebst Mannschaften, Ausrüstung und Tross aufbieten musste.

Heute hat man Anwälte und Gutachter, Flugblätter und Plakate. Geld kostet's trotzdem. Und dies, liebe Naturfreunde, ist der Punkt, an dem die Plaisanterien enden müssen. Die BI „Zukunft Lubminer Heide“ bittet um Ihre Spende und nimmt Ihre finanzielle Unterstützung dankend auf folgenden Konten entgegen:

Kontoinhaber: BI Zukunft Lubminer Heide
Konto Nr.: 821 28 56
Bank: Volksbank Raiffeisenbank eG
Blz.: 150 616 38

Die BI ist als gemeinnützig anerkannt und fertigt Ihnen

auf Wunsch eine Spendenquittung aus.

Die Spendengelder werden für die Vereinsziele, namentlich Erhaltung und Verbesserung der Luft- und Wasserqualität sowie die Pflege der Landschaft in unserer Region verwendet. Absolute Priorität genießt hierbei derzeit die Verhinderung eines Kohlekraftwerkes an der Boddenküste.

Eine Spende an den WWF kann man über das Internet tätigen:

<https://www.wwf.de/>

[spenden-helfen/allgemeine-spende/](https://www.wwf.de/spenden-helfen/allgemeine-spende/)

Achtung: unbedingt Verwendungszweck „Lubmin“ angeben.

Gedankt sei an dieser Stelle von ganzem Herzen allen, die sich mit ihren hart erarbeiteten Groschen, große wie kleine Spenden, bereits für die Umwelt unserer Region eingesetzt haben.

Wenden Sie ein!

Ihre Einwendungen gegen den ersten Vorbescheid für das Steinkohlekraftwerk, verehrte Leser, haben bei Ämtern, Regierung und bei DONG selber einigen Eindruck gemacht. Erinnern Sie sich, dass die Erörterungen des Hauptverfahrens einst im Mai statt finden sollten? Davon ist schon lange keine Rede mehr. Die ca. 1500 Einwendungen haben dem StAUN einen Haufen Arbeit beschert und DONG reichlich Nachsitzen und Hausaufgaben ein-

gebrockt. Ohne unser aller Einwendungen wäre das ganze Verfahren schon längst über die Bühne.

Wir wollen, das das so bleibt. Darum sagen wir Ihnen:

Schreiben Sie eine Einwendung!

Gegenstand sind diesmal die im August ausgelegten Akten, mit denen u.a. die Verfahren zu Natur- und Artenschutz, dem zweiten Vorbescheid und dem Erlass einer ersten Teilgenehmigung behandelt werden. Für Einwen-

dungen gelten folgende formelle Anforderungen:

Der Absender der Einwendung muss erkennbar sein, vollständige Namens- und Adressangaben. Außerdem muss die Einwendung mit Datum versehen unterzeichnet sein. Name und Adresse des Empfängers müssen ebenfalls vollständig erkennbar sein. Empfänger ist eines der unten aufgeführten Ämter.

Schreiben Sie zunächst, in welcher Entfernung Sie zum geplanten Vorhaben wohnen/arbeiten. Schreiben Sie dann, was Sie persönlich durch das Kraftwerk befürchten. Gibt es in Ihrer Familie Menschen, die empfindlich auf Luftschadstoffe reagieren (Allergien)? Sind Einschränkungen Ihrer gewerblichen Tätigkeit, z.B. im Tourismus, zu befürchten? Verliert Ihr Grundstück an Wert?

Auch alle anderen Argumente gegen die geplanten Kraftwerke sollten ausführlich notiert werden. Formelle Anforderungen hieran gibt es nicht. Machen Sie sich über einen Punkt keine Sorgen: **Es gibt keine „falsche Einwendung“**. Der Bürger hat das Recht auf seine Meinung und darf die auch schreiben.

Ein Beispiel, wie Ihre Einwendung aussehen könnte, ist auf der Rückseite dieses Infobriefes dargestellt.

Einwendungsfrist: 15. September 2008

Die Einwendungen müssen spätestens an diesem Tag bei den Behörden sein. Sie können die Einwendungen entweder selbst vorbei bringen (auf einer Kopie den Eingang bestätigen lassen) oder Sie an die Ämter faxen (Faxprotokoll aufheben). Gefährlich ist es, die Einwendung per Post/Einschreiben zu versenden, sie könnte zu spät ankommen. Per eMail können Einwendungen nicht abgegeben werden.

Für die Erörterungen ist derzeit folgender Zeitplan vorgesehen:

Kühlwasserentnahme	
Einleitung von Kühlwasser	
Einleitung von Prozesswasser	28. Okt. '08
Naturschutzgenehmigung	4. Nov. '08
Artenschutz	11. Nov. '08
Permanente Grundwasserabsenkung	13. Nov. '08
Bauzeitl. Grundwasserabsenkung	13. Nov. '08
Zweiter Vorbescheid mit	
Erllass einer 1. Teilgenehmigung	
(Baustellenfreimachung u.a.)	19. Nov. '08

Können die Erörterungen nicht an einem Tag abgeschlossen werden, wird an den jeweils darauf folgenden Tagen weiter erörtert.

Wir möchten Sie bitten, möglichst zahlreich zu den Erörterungsterminen zu erscheinen. Schon Ihre Präsenz

hilft den Kritikern des Vorhabens. Der Termin ist öffentlich, die Teilnahme hängt also nicht davon ab, ob Sie eingewendet haben. Rederecht haben aber nur die Einwender.

Die Akten liegen/lagen bei nachstehenden Ämtern aus und Ihre Einwendungen können ebenda eingereicht werden:

Staatliches Amt für Umwelt und Natur Stralsund
Abt. Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft
Badenstraße 18, 18439 Stralsund
Fax: 03831 696 233 oder 03831 696 369

Staatliches Amt für Umwelt und Natur Ueckermünde
Kastanienallee 13, 17373 Ueckermünde
Fax:039771 44235

Amt Lubmin
Geschwister-Scholl-Weg 15, 17509 Lubmin
Fax: 038354 22197

Amt Usedom Nord
Möwenstraße 1, 17454 Ostseebad Zinnowitz
Fax: 038377 73199

Amt Mönchgut-Granitz
Göhrener Weg 1, 18586 Ostseebad Baabe
Fax: 038303 87368

Amt Bergen auf Rügen
Markt5-6, 18528 Bergen auf Rügen
Fax: 03838 811-222

Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie
Mecklenburg-Vorpommern
Goldenbergerstr.12, 18273 Güstrow
Fax: 03843 777-106

Amt Züssow
Dorfstraße 6, 17495 Züssow
Fax: 03 83 55 643-99

Amt Am Peenestrom
BurgstraÙe 6, 17438 Wolgast
Fax: 03836 251-100

Amt Anklam-Land
Rebelower Damm 2, 17392 Spantekow
Fax: 039727 20225 oder 26548

Amt Recknitz-Trebbel
Karl-Marx-StraÙe 18, 18465 Tribsees
Fax: 03 83 20 / 617-200

BI „Zukunft Lubminer Heide“ e.V, c/o Fritz-Reuter-Weg 15, 17509 Lubmin
Vorsitzender: Dr. Michael Drevlak, stellv. Vors.: Timo Hammann, Kassenwart: Bärbel Rahn
Telefon: 03 83 54 / 22911, Email: vorstand@lubminer-heide.de
<http://www.lubminer-heide.de/>

*Ihr Name,
vollst. Adresse*

Staatliches Amt für Umwelt und Natur Stralsund
Badenstraße 18
18439 Stralsund
Telefax: (03831) 696 - 233, 696 - 369

Datum:

Betreff: Steinkohlekraftwerk Lubmin

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Genehmigungsverfahren für das geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin erhebe ich im Nachfolgenden Einwendungen.

Diese Einwendungen gelten für alle von Ihnen durchgeführten Verfahren, also für das Verfahren der Kühlwasserentnahme, der Einleitung von Kühlwasser und der Einleitung von Prozesswasser, das Verfahren der Naturschutzgenehmigung, das artenschutzrechtliche Verfahren, das Verfahren der permanenten Grundwasserabsenkung, das Verfahren der bauzeitlichen Grundwasserabsenkung und das Verfahren zum Erlass eines zweiten Vorbescheids einschließlich des Erlasses einer ersten Teilgenehmigung. Sollten noch weitere Verfahren geführt werden, erstreckt sich die Einwendung auch auf diese.

Diese Einwendung gilt parallel zu anderen Einwendungen, die in meinem Namen erhoben werden.

Mit dieser Einwendung wende ich mich gegen die Genehmigung des Steinkohlekraftwerks und der hierfür weiter erforderlichen Genehmigungen. Ich begründe dies wie folgt:

-Ihre persönlichen Gründe gegen das Kraftwerk

-weitere Gründe gegen das Kraftwerk

-

Ich bitte Sie, mir den Eingang der Einwendung zu bestätigen.

Bereits jetzt bitte ich außerdem darum, mir nach den Erörterungsterminen ein Protokoll des Erörterungstermins zur Verfügung zu stellen. Sofern hierfür Kosten anfallen, bitte ich um vorherige Mitteilung der Kosten.

Mit freundlichen Grüßen

.....

Unterschrift